



Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallgebührensatzung)

Auf der Grundlage der §§ 8 und 45 Abs. 2 Ziff. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) sowie § 5 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA 1996, S. 405) und § 6 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) vom 01.02.2010 (GVBl. LSA S. 44) in der jeweils gültigen Fassung hat der Kreistag des Altmarkkreises Salzwedel in seiner Sitzung am 27.05.2024 die folgende Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallgebührensatzung) beschlossen:

**§ 1
Gebühren**

Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abfallentsorgung erhebt der Altmarkkreis Salzwedel (im Folgenden auch als Landkreis bezeichnet) zur Deckung der Kosten Benutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

**§ 2
Grundgebühr**

- (1) Für den Anschluss an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung im Sinne von § 3 Abs. 1 und 2 der Abfallwirtschaftssatzung des Altmarkkreises Salzwedel, die Vorhaltung von Entsorgungsleistungen und die Inanspruchnahme verschiedener Teilleistungen wie der Straßensammlung von Sperrmüll, der mobilen Schadstoffsammlung, der Altpapiersammlung und weiteren in Abs. 7 genannten Leistungen sowie als Mindestentleerungsgebühr für die Entleerung der Restabfallbehälter im Umfang der nachfolgend definierten Mindestleerungen je Jahr erhebt der Landkreis eine in dieser Satzung als Grundgebühr bezeichnete Gebühr.
- (2) Die Höhe dieser Grundgebühr richtet sich nach der im Einklang mit der Abfallwirtschaftssatzung auf dem angeschlossenen Grundstück vorgehaltenen Restabfallbehältergrößen und deren Anzahl.
- (3) Die Grundgebühr beträgt für angeschlossene Grundstücke:
je Anschluss von einem:

80 l	Restabfallbehälter	127,68 Euro pro Jahr
120 l	Restabfallbehälter	191,52 Euro pro Jahr
240 l	Restabfallbehälter	383,04 Euro pro Jahr
1.100 l	Restabfallbehälter	2.996,04 Euro pro Jahr

- (4) In der Grundgebühr ist die Mindestentleerungsgebühr für folgende Anzahl an Entleerungen enthalten:

80 l bis 240 l	Restabfallbehälter	4 Entleerungen pro Jahr,
1.100 l	Restabfallbehälter	16 Entleerungen pro Jahr.

- (5) Für angeschlossene nur zeitweilig bewohnte oder genutzte Grundstücke (u. a. Wochenend- und Feriengrundstücke) beträgt die Grundgebühr jeweils 1/2 des entsprechenden Betrages nach Abs. 3. In diesen Fällen ist von der Gebühr auch nur 1/2 der in Abs. 4 genannten Entleerungen erfasst. Entsteht oder endet die Gebührenpflicht für die Grundgebühr gemäß § 8 Abs. 1 im Laufe des Kalenderjahres, so wird für jeden Kalendermonat, für den die Gebührenpflicht besteht, 1/12 der Jahresgebühr berechnet. Die über die Grundgebühr abgegoltenen Mindestentleerungen werden in diesen Fällen anteilig berechnet, die Zahl der Entleerungen wird stets auf eine volle Zahl aufgerundet, bei Restabfallbehältern bis 240 l wird je angefangener drei Monate eine Mindestentleerung angesetzt.
- (6) Für Haushalte mit nur einer Person und einem zugeordneten 80 l Restabfallbehälter wird auf schriftlichen Antrag eine Ermäßigung der Gebühr in Höhe von 45,00 Euro ab dem Folgemonat der Antragstellung gewährt.
- (7) In der Grundgebühr werden die Kosten für folgende Leistungen abgedeckt:
1. Vorhaltung der Logistik der Abfallentsorgung für die grundstücksnahe Sammlung von Rest-Bioabfällen sowie Altpapier und Sperrmüll,
 2. Zurverfügungstellung und Bereitstellung von festen Papier-, Rest- und Bioabfallbehältern,
 3. anteilige Kosten für Sammlung, Transport, Behandlung und Verwertung von Rest- und Bioabfällen,
 4. Sammlung, Transport, Behandlung und Verwertung von Sperrmüll einschl. holzhaltigem Sperrmüll im Rahmen der Straßensammlung nach § 7 Abs. 2 der Abfallwirtschaftssatzung,
 5. Sammlung, Transport, Behandlung und Verwertung/Beseitigung von gefährlichen Abfällen nach § 9 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Abfallwirtschaftssatzung,
 6. Verwertung von Grünabfällen in haushaltsüblichen Mengen von angeschlossenen Grundstücken,
 7. Annahme und Bereitstellung von Elektro- und Elektronikgeräten zur Übergabe an die „stiftung ear“,
 8. Sammlung, Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen,
 9. Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach Maßgabe von § 11 AbfG LSA, d. h. insbesondere, wenn der Verursacher nicht ermittelt werden kann,
 10. Vorhaltung und Betrieb der Abfallwirtschaftshöfe Gardelegen und Cheine,
 11. Vorhaltung und Betrieb von Wertstoffhöfen,
 12. Vorhaltung und Durchführung von Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Verwaltungsleistungen insbesondere für die Erhebung der Gebühren nach dieser Satzung,
 13. Planung, Errichtung, Betrieb, Rekultivierung und Nachsorge von Abfallbehandlungs-, -verwertungs- und -beseitigungsanlagen,
 14. Aufwendungen für die Bildung von Rücklagen für die vorhersehbaren späteren Kosten der Stilllegung und der Nachsorge bei Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen,
 15. Aufwendungen für die Stilllegung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen und die Nachsorge hierfür, soweit für diese Aufwendungen keine ausreichenden Rücklagen gebildet wurden.

§ 3

Anschlussgebühr für Bioabfallbehälter

- (1) Für den Anschluss des Grundstücks an die Bioabfallentsorgung wird eine Anschlussgebühr erhoben, die sich nach der Größe und der Anzahl der auf dem Grundstück vorgehaltenen Bioabfallbehälter bemisst. Sie beträgt für angeschlossene Grundstücke:

120 l Bioabfallbehälter	12,00 Euro pro Jahr
500 l Bioabfallbehälter	50,00 Euro pro Jahr

- (2) In der Anschlussgebühr ist die Mindestentleerungsgebühr für folgende Anzahl an Entleerungen enthalten:
- 120 l Bioabfallbehälter 2 Entleerungen pro Jahr
 - 500 l Bioabfallbehälter 2 Entleerungen pro Jahr
- (3) Entsteht oder endet die Gebührenpflicht für die Anschlussgebühr gemäß Abs. 1 im Laufe des Kalenderjahres, so wird für jeden Kalendermonat, für den die Gebührenpflicht besteht, 1/12 der Jahresgebühr berechnet. Die über die Anschlussgebühr abgegoltene Mindestentleerungen werden in diesen Fällen anteilig berechnet, die Zahl der Entleerungen wird stets auf eine volle Zahl aufgerundet, bei Bioabfallbehältern bis 500 l wird je angefangener sechs Monate eine Mindestentleerung angesetzt.

§ 4

Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Restabfall und Bioabfall, die der Landkreis im behältergestützten System einsammelt (Entleerungsgebühren)

- (1) Für die Sammlung und Entsorgung von Restabfällen und Bioabfällen aus den bereitgestellten Behältern der angeschlossenen Grundstücke werden Entleerungsgebühren erhoben, die sich nach der Art, der Anzahl und dem Volumen der zur Leerung bereitgestellten festen Abfallbehälter sowie der Zahl der Entleerungen bemessen.
- (2) Wird bei Bereitstellung eines Restabfallbehälters zur Leerung die in § 2 Abs. 4 bzw. 5 genannte Mindestentleerungszahl für Restabfall überschritten, so wird für jede Zusatzentleerung eines Restabfallbehälters eine gesonderte Entleerungsgebühr erhoben. Die Gebührensätze für diese Entleerungsgebühren für die Sammlung und Entsorgung von Restabfällen ab Überschreiten der maßgeblichen Mindestentleerungszahl betragen:
- a) für 80 l Restabfallbehälter 5,88 Euro je Entleerung
 - b) für 120 l Restabfallbehälter 8,82 Euro je Entleerung
 - c) für 240 l Restabfallbehälter 17,64 Euro je Entleerung
 - d) für 1.100 l Restabfallbehälter 80,87 Euro je Entleerung
- (3) Wird bei Bereitstellung eines Bioabfallbehälters zur Leerung die in § 3 Abs. 2 bzw. 3 genannte Mindestentleerungszahl für Bioabfall überschritten, so wird für jede Zusatzentleerung eines Bioabfallbehälters eine gesonderte Entleerungsgebühr erhoben. Die Gebührensätze für die Entleerungsgebühren für die Sammlung und Entsorgung von Bioabfällen (mit Ausnahme von sog. Sonderleerungen auf Antrag nach § 17 Abs. 4 Abfallwirtschaftssatzung) betragen:
- a) für 120 l Bioabfallbehälter 3,00 Euro je Entleerung
 - b) für 500 l Bioabfallbehälter 12,50 Euro je Entleerung
- (4) Die Berechnung der Entleerungsgebühren für die o. g. festen Abfallbehälter (für Restabfall einerseits und Bioabfall andererseits) erfolgt auf der Grundlage der auf elektronischen Wege erfassten Anzahl der durchgeführten Entleerungen (über ein sog. Behälter-Identifikationssystem). Dies gilt auch, wenn die Entleerung des Rest- und Bioabfalles wegen zu stark verdichtetem oder verklumptem bzw. angefrorenem Inhalt nur teilweise erfolgen konnte.

§ 5

Gebühren für die Selbstanlieferung von Abfällen an den Abfallwirtschaftshöfen

- (1) Für die Übernahme von Abfällen auf dem Abfallwirtschaftshof Gardelegen und dem Abfallwirtschaftshof Cheine und deren Entsorgung werden gesonderte Anlieferungsgebühren erhoben (mit Ausnahme der Übernahme von Altpapier, Altgeräten nach dem ElektroG, Batterien sowie Grünabfall in haushaltüblichen Mengen und gefährlichen Abfällen im Umfang von bis zu 200 kg oder 200 Liter von angeschlossenen Grundstücken). Diese Anlieferungsgebühren richten sich bei Massen von mehr als 400 kg nach der tatsächlich verwogenen Masse und der jeweiligen Abfallart. Bei der Anlieferung von geringeren Mengen unterhalb des geeichten Messbereichs der Waage von 400 kg richtet sich die Gebühr nach der Abfallart und dem Volumen, welches nach der Art des Anlieferfahrzeuges bzw.-gefäßes bestimmt wird.
- (2) Der Gebührensatz beträgt für

Anlieferung und Entsorgung von	im Umfang eines (im Handel erhältlichen) Müllsackes	im Umfang bis zu einer Kofferraumladung einer Limousine	im Umfang bis zu einer Kofferraumladung eines Kombi oder PKW Anhängers	in größeren Mengen als 400 kg (nach Verwiegung):
Gemischten Siedlungsabfällen	7,20 Euro	13,20 Euro	43,20 Euro	174,00 Euro
Sperrmüll	7,20 Euro	13,20 Euro	43,20 Euro	174,00 Euro
Asbesthaltigen Abfällen	7,20 Euro	19,20 Euro	76,80 Euro	192,00 Euro
Bau- und Abbruchabfällen	7,20 Euro	13,20 Euro	43,20 Euro	174,00 Euro
Mineralfaserabfällen	12,00 Euro	32,40 Euro	127,20 Euro	318,00 Euro
Teerpappe	13,20 Euro	36,00 Euro	144,00 Euro	360,00 Euro
Altholz sowie Altholz A IV und PCB Altholz	7,20 Euro	13,20 Euro	43,20 Euro	174,00 Euro
weiteren Abfällen, insbesondere gefährlichen und solchen nach § 11 Abs. 3 Abfallwirtschaftssatzung und ihrer Anlage	6,00 Euro	18,00 Euro	69,60 Euro	174,00 Euro

§ 6

Weitere Benutzungsgebühren für Sonderleistungen

- (1) Für die Inanspruchnahme der Sperrmüllsammlung auf Abruf nach § 7 Abs. 5 der Abfallwirtschaftssatzung wird eine Gebühr für die auf Abruf durchgeführte Abholung und Entsorgung erhoben. Die Gebühr beträgt je Abruf einschließlich Abholung und weiterer Entsorgung 75,00 Euro.

- (2) Wird gemäß § 16 Abs. 11 Satz 3 der Abfallwirtschaftssatzung zum Zwecke der Behältergestellung oder des Behältereinzuges bzw. dessen Abholung durch den Landkreis bzw. seinen Drittbeauftragten eine erneute Anfuhr des Grundstücks erforderlich, erhebt der Landkreis eine gesonderte Anfahrtsgebühr für jede erneute Anfahrt. Diese Gebühr beträgt je Anfahrt 25,00 Euro.
- (3) Für die nach § 17 Abs. 4 Satz 3 der Abfallwirtschaftssatzung im Ausnahmefall zugelassene Sonderentleerung von nicht ordnungsgemäß bereitgestellten Abfallbehältern einschließlich Entsorgung werden sog. Sonderentleerungsgebühren erhoben. Diese richten sich nach der Anzahl der beantragten Sonderentleerungen sowie nach der Größe und der Art der dabei entleerten Abfallbehälter. Diese Gebühren betragen je beantragter Sonderentleerung einschließlich Entsorgung
- a) für Altpapierbehälter mit 240 l Volumen: 21,64 Euro
 - b) für Altpapierbehälter mit 360 l Volumen: 32,46 Euro
 - c) für Altpapierbehälter mit 1.100 l Volumen: 86,87 Euro
 - d) für Bioabfallbehälter mit 120 l Volumen: 12,82 Euro
 - e) für Bioabfallbehälter mit 500 l Volumen: 53,42 Euro
- (4) Für die Gestellung von Abfallbehältern bzw. -behältnissen zur Aufnahme von verbotswidrig abgelagerten Abfällen auf Grundstücken nach Maßgabe von § 19 Abs. 2 Satz 4 und 8 sowie Abs. 3 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung sowie Grundstücken im Sinne von § 11 a AbfG LSA nach § 19 Abs. 4 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung erhebt der Landkreis eine gesonderte Benutzungsgebühr, die sich unabhängig von der Größe des Behältnisses nach der Anzahl der Gestellungsvorgänge der Behältnisse richtet. Sie beträgt 110,- € je Vorgang der Gestellung eines Behältnisses.

Zusätzlich erhebt der Landkreis für die weitere Entsorgung solcher Abfälle im Fall des § 19 Abs. 2 Satz 8 sowie § 19 Abs. 4 Satz 4 Abfallwirtschaftssatzung weitere Entsorgungsgebühren, die sich nach Art und Menge des übernommenen Abfalls richten. Hierfür sind die in § 5 Abs. 2 angeführten Gebührensätze entsprechend anzuwenden.

- (5) Für die Nutzung eines zugelassenen amtlichen Abfallsackes einschließlich Abfuhr und Entsorgung richtet sich die Gebühr nach der Anzahl und der Art der erworbenen Abfallsäcke. Die Gebühr für die Abfallentsorgung unter Verwendung von zugelassenen Abfallsäcken beträgt:
- a) 6,30 Euro pro Restabfallsack
 - b) 3,00 Euro pro Bioabfallsack

§ 7

Einschränkungen der Abfuhr

Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr bzw. Entleerung der Abfallbehälter, insbesondere infolge von Betriebsstörungen, behördlichen Verfügungen, Verlegung des Zeitpunktes der Abfuhr oder höherer Gewalt, besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.

§ 8

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner der Grundgebühren im Sinne von § 2 und der Anschlussgebühren im Sinne von § 3 Abs. 1 sowie der Entleerungsgebühren nach § 4 Abs. 1 sind die Eigentümer angeschlossener Grundstücke sowie die diesen nach § 3 Abs. 1 der Abfallwirtschaftssatzung gleichgestellten Nutzungsberechtigten (Anschlusspflichtige). Der Landkreis kann auf schriftlichen Antrag des eigentlichen Gebührensschuldners

nach Satz 1 im Einzelfall den bzw. die Mieter (bei Nutzung durch private Haushaltungen) oder den bzw. die Pächter (bei Nutzung durch ein Gewerbe im Sinne der Abfallwirtschaftssatzung) auf einem Grundstück beim Vorliegen wichtiger Gründe und sofern dies nicht zu einer wesentlichen Erhöhung des Verwaltungsaufwandes (Verwaltungskosten) beim Landkreis führt, als Gebührenschuldner für den ihnen zurechenbaren Anteil der Gebühr veranlagten.

- (2) Abweichend von Abs. 1 ist bei Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes (BKleingG) die Kleingartenorganisation Gebührenschuldner, sofern diese rechtsfähig ist und als Zwischenpächter im Sinne des § 4 Abs. 2 BKleingG Kleingartenpachtverträge mit den Nutzern abgeschlossen hat. Im Übrigen ist der Eigentümer Gebührenschuldner.
- (3) Gebührenschuldner der Gebühr für die Benutzung von Restabfallsäcken bzw. Bioabfallsäcken im Sinne von § 6 Abs. 5 a) bzw. b) ist der Erwerber des Abfallsackes.
- (4) Gebührenschuldner der Gebühren nach § 5 Abs. 2 für Selbstanlieferungen an den Abfallentsorgungsanlagen sind der Abfallerzeuger, Abfallbesitzer und der Anlieferer als Gesamtschuldner.
- (5) Gebührenschuldner der Gebühren nach § 6 Abs. 1 für die Inanspruchnahme der Sperrmüllsammlung auf Abruf nach § 7 Abs. 5 der Abfallwirtschaftssatzung ist derjenige Anschluss- oder Benutzungspflichtige, der die Sperrmüllsammlung beantragt hat.
- (6) Gebührenschuldner für die gesonderte Anfahrg Gebühr nach § 6 Abs. 2 ist der Anschlusspflichtige.
- (7) Gebührenschuldner der Gebühr für die Inanspruchnahme von Sonderentleerungen nach § 6 Abs. 3 ist der Anschlusspflichtige.
- (8) Gebührenschuldner der Gebühr für die Nutzung von Behältnissen des Landkreises zur Erfassung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 6 Abs. 4 Satz 1 (in den Fällen der §§ 19 Abs. 2 Satz 4 und 8 sowie Abs. 3 Satz 2 und § 19 Abs. 4 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung) ist der Grundstückseigentümer, in den Fällen des § 19 Abs. 3 Satz 2 der Abfallwirtschaftssatzung der Abfallbesitzer.
- (9) Gebührenschuldner der Gebühr für die Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 6 Abs. 4 Satz 2 (in den Fällen der § 19 Abs. 2 Satz 8 sowie § 19 Abs. 4 Satz 4 der Abfallwirtschaftssatzung) ist der Grundstückseigentümer.

§ 9

Entstehung der Gebührenschuld, Festsetzung, Erhebung und Fälligkeit

- (1) Die nach dieser Satzung zu entrichtenden Gebühren mit Ausnahme der Gebühren für die Abfallsäcke werden vom Landkreis in Gebührenbescheiden festgesetzt. Die Gebührenpflicht für diese Gebührenarten entsteht mit dem ersten Tag des Monats, nach dem auf dem anschlusspflichtigen Grundstück der oder die Abfallbehälter durch den Landkreis oder seinen beauftragten Dritten bereitgestellt wurde bzw. wurden. Die Gebührenpflicht erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die Anschlusspflicht entfällt; wird der bzw. werden die Abfallbehälter dem Landkreis bzw. dem von ihm beauftragten Unternehmen erst später zurückgegeben, ist dieser Zeitpunkt maßgeblich. Bei einem Wechsel im Grundeigentum oder anderen, die Anschlusspflicht begründenden Umständen, geht die Gebührenpflicht vom vorherigen Anschluss- und Gebührenpflichtigen auf den neuen Anschluss- und Gebührenpflichtigen zum 1. des Monats über, der auf eine entsprechende Mitteilung eines der betroffenen Anschlusspflichtigen folgt.

- (2) Erhebungszeitraum für die Grundgebühren nach § 2 sowie für die Anschlussgebühr nach § 3 ist das Kalenderjahr. Die Gebührenschild entsteht für die Grundgebühr nach § 2 sowie für die Anschlussgebühr nach § 3 grds. mit Beginn des Kalenderjahres. Beginnt oder endet der Anschluss des Grundstückes im Laufe des Kalenderjahres, so entsteht die Gebührenschild mit Beginn des Kalendermonats, der auf den Beginn des Anschlusses des Grundstückes folgt. Die Grundgebühren sowie die Anschlussgebühren werden im laufenden Kalenderjahr für das jeweils laufende Kalenderjahr per Bescheid festgesetzt. Sie sind einen Monat nach Bekanntgabe der Festsetzung zur Zahlung fällig. Unterjährige Änderungen der Art und Anzahl der Abfallbehälter oder ihres Volumens werden zum 1. Kalendertag des auf die Änderung folgenden Monats berücksichtigt und nach § 5 Abs. 4 Satz 2 KAG LSA bei der Gebührenfestsetzung berücksichtigt.
- (3) Erhebungszeitraum für die Entleerungsgebühren nach § 4 Abs. 2 und 3 ist ebenfalls das Kalenderjahr. Die Entleerungsgebühren nach § 4 Abs. 2 und 3 entstehen zum Ende des Kalenderjahres. Sie werden im Folgejahr per Gebührenbescheid festgesetzt und sind einen Monat nach Bekanntgabe der Festsetzung fällig.
- (4) Die Gebührenschild für die Nutzung eines Abfallsackes (Rest- oder Bioabfall) nach § 6 Abs. 5 entsteht mit der Übergabe des Sackes an den Erwerber und ist sofort fällig.
- (5) Die Gebührenschild für die Selbstanlieferung von Abfällen auf den Abfallwirtschaftshöfen Gardelegen und Cheine nach § 5 entsteht mit der Annahme der Abfälle. Sie wird unverzüglich in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist sofort zur Zahlung fällig.
- (6) Die Gebührenschild nach § 6 Abs. 1 für die Inanspruchnahme der Sperrmüllsammmlung auf Abruf entsteht mit der Annahme des Sperrmülls. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (7) Die Gebührenschild nach § 6 Abs. 2 für die gesonderte Anfahrt (gemäß § 6 Abs. 3) eines Grundstückes entsteht mit Anfahrt des Grundstückes und umfasst sowohl die Leistungsorientierung für das Anfahren, Stellen und auch für die Übernahme des Behälters. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einem Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (8) Die Gebührenschild nach § 6 Abs. 3 für die Sonderentleerungen entsteht mit Entleerung des bzw. der Behälter. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (9) Die Gebührenschild für die Nutzung von Behältnissen des Landkreises zur Erfassung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 6 Abs. 4 Satz 1 entsteht mit Gestellung des angeforderten Behälters. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach dessen Bekanntgabe zur Zahlung fällig.
- (10) Die Gebührenschild für die Entsorgung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen nach § 6 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 5 entsteht mit der Annahme der übernommenen Abfallmengen durch das vom Landkreis beauftragte Unternehmen. Sie wird in einem Gebührenbescheid festgesetzt und ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.
- (11) Zur Ermittlung von Berechnungsgrundlagen, der Abgabenberechnung, der Ausfertigung von Abgabebescheiden sowie der Entgegennahme der zu entrichtenden Abgaben an den Abfallwirtschaftshöfen hat der Landkreis gemäß § 10 Abs. 1 KAG LSA die Deponie GmbH Altmarkkreis Salzwedel ermächtigt.

§ 10
Auskunfts- und Mitteilungspflichten

Die Anschlusspflichtigen bzw. die an deren Stelle tretenden Gebührenschuldner nach § 8 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 haben Veränderungen aller Umstände, die für die Gebührenerhebung oder -bemessung im folgenden Erhebungszeitraum maßgeblich sind, dem Altmarkkreis Salzwedel bis spätestens vier Wochen vor Beginn des neuen Erhebungszeitraumes schriftlich mitzuteilen. Dies gilt insbesondere für Änderungen der Anschrift des Anschlusspflichtigen. Gebührenschuldner nach § 8 Abs. 4 und 9 haben auf Nachfrage des Altmarkkreises Salzwedel alle Auskünfte zu erteilen, die für die Gebührenerhebung bzw. -bemessung erforderlich sind, wie insbesondere Auskünfte zu Art bzw. Zusammensetzung der von ihnen zur Entsorgung überlassenen Abfälle zu erteilen.

§ 11
Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 16 Abs. 1 i. V. m. § 15 Abs. 1 KAG-LSA handelt, wer entgegen § 10 als Gebührenpflichtiger die verlangten Mitteilungen gar nicht, nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder unrichtig erteilt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

§ 12
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung werden verallgemeinernd verwendet und beziehen sich auf alle Geschlechter.

§ 13
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel (Abfallgebührensatzung) vom 28.09.2020 außer Kraft.

Diese vorstehende Satzung wird hiermit beschlossen.

Salzwedel, den 28.05.2024



Kanitz
Landrat



Dienstsiegel